

Boris Barth

Demokratie und Diktatur zwischen den Weltkriegen

**Kurseinheit 1:
Die Folgen des Ersten Weltkrieges
und die Probleme der Zwischenkriegszeit**

Fakultät für
**Kultur- und
Sozialwissen-
schaften**

Prof. Dr. Boris Barth hat an der Heinrich-Heine Universität, Düsseldorf, promoviert und an der Universität Konstanz habilitiert. Ferner war er tätig als Mentor an der FernUniversität in Hagen, am Institut für Internationale Studien in Prag, und er hat zahlreiche Posten als Lehrstuhlvertreter und visiting professor an mehreren weiteren Universitäten inne gehabt. Derzeit lehrt er Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Konstanz.

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung und des Nachdrucks, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der FernUniversität reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Wir weisen darauf hin, dass die vorgenannten Verwertungsalternativen je nach Ausgestaltung der Nutzungsbedingungen bereits durch Einstellen in Cloud-Systeme verwirklicht sein können. Die FernUniversität bedient sich im Falle der Kenntnis von Urheberrechtsverletzungen sowohl zivil- als auch strafrechtlicher Instrumente, um ihre Rechte geltend zu machen.

Der Inhalt dieses Studienbriefs wird gedruckt auf Recyclingpapier (80 g/m², weiß), hergestellt aus 100 % Altpapier.

Inhalt:

I. Einleitung	2
II. Die Bedeutung und das Ende des Ersten Weltkriegs in Europa	5
III. Probleme der Pariser Konferenzen	11
IV. Die fünf Pariser Verträge	19
V. Revolutionen als Folge des Ersten Weltkriegs	28
1. Russland	31
2. Österreich- Ungarn	35
3. Das Deutsche Reich	38
VI. Der Krieg nach dem Krieg – Paramilitärs und Freikorps	44
VII. Fazit: Revisionismus als Folge der Pariser Verträge	55
VIII. Ausgewählte Literatur	59

I. Einleitung

Eine neue Ordnung für Europa?

Als auf den fünf Pariser Friedenskonferenzen 1919/20 der Erste Weltkrieg beendet wurde, herrschte bei vielen Politikern im Westen die Hoffnung vor, daß nach dem Grauen der Materialschlachten ein friedliches und demokratisches Europa etabliert werden könnte. Ein britischer Diplomat äußerte die Hoffnung, nicht nur den vergangenen Krieg zu liquidieren, sondern eine neue Ordnung für Europa zu schaffen und die Periode eines ewigen Friedens einzuleiten.¹ Kaum eine Einschätzung hätte falscher sein können als diese. Die Hoffnungen auf die Durchsetzung von Demokratie und innenpolitischer Freiheit in Europa entpuppten sich als trügerisch. Nach einer kurzen Phase der harten innen- und außenpolitischen Kämpfe wurde schon 1920 in Ungarn eine quasi- Diktatur errichtet. 1922 schlug Italien nach einem unblutigen Staatsstreich, dem bürgerkriegsähnliche Zustände vorausgegangen waren, den Weg hin zur Etablierung der faschistischen Diktatur Benito Mussolinis ein. Seit dem Ende der 1920er Jahre bestimmten autokratische und diktatorische Strömungen zunehmend die Politik in immer mehr europäischen Ländern. Anfang 1938 existierte in Mittel- und Osteuropa mit der Tschechoslowakei nur noch eine einzige Demokratie, und im spanischen Bürgerkrieg hatte der Faschismus auch auf Westeuropa übergegriffen.

Scheitern des demokratischen Experiments

Dieser Studienbrief untersucht die tieferen Gründe für das Scheitern des europäischen demokratischen Experimentes in den 1920er und 1930er Jahren. Im ersten Teil wird die Pariser Nachkriegsordnung mit ihren Problemen dargelegt. Dabei werden besonders die kurz- und mittelfristigen Nachwirkungen des Ersten Weltkrieges und der Friedensverhandlungen analysiert, um zu zeigen, welche immensen Probleme zu lösen waren und welche erheblichen Belastungen auf die fragilen neuen demokratischen Staaten zukamen. Der zweite Teil untersucht weitergehend, welche gesellschaftlichen Umbrüche, ökonomischen Verwerfungen und strukturellen Fehlentwicklungen dafür verantwortlich waren, daß nach dem Ersten Weltkrieg keine stabilen und demokratischen Strukturen in Europa etabliert werden konnten. Zwar nimmt die deutsche Geschichte einen breiten Raum ein, aber es werden so weit wie möglich stets Querverbindungen zu anderen und ähnlichen Entwicklungen in verschiedenen europäischen Staaten dargestellt, um eine vergleichende Perspektive zu ermöglichen. Diese beiden Teile des Studienbriefes argumentieren deshalb vorwiegend politisch und stellen primär die politischen, sozialen und einige der militärischen und ökonomischen Ereignisse dar. Im dritten Teil des Studienbriefes stehen die kulturelle Krise der Moderne und die Antworten, die darauf in Europa gefunden wurden, im Vordergrund. In allen drei Studieneinheiten werden an verschiedenen Stellen die Möglichkeiten, aber auch

¹ Zitiert bei: Erik Goldstein, *The First World War Peace Settlements 1919-1925*, London 2002, S. 1.

die Grenzen dargestellt, die das Gegensatzpaar „modern“ – „antimodern“ bietet, um die große europäische Krise der Zwischenkriegszeit zu analysieren.

Tabelle 1: Diktaturen in Europa:

1918-1921 – Bürgerkrieg in **Russland**, Sieg der Bolschewiki, Gründung der Sowjetunion

1920 – Admiral Miklós Horthy etabliert eine rechtsgerichtete Diktatur in **Ungarn**

1922 – Machtübertragung auf Benito Mussolini nach dem mythisch verklärten „Marsch auf Rom“, Abschaffung der Demokratie in **Italien**, ein faschistischer Staat entsteht

1925 – In **Albanien** wird ein autoritäres und nationalistisches Regime unter dem „warlord“ und Präsidenten (seit 1928 König) Achmed Zogu errichtet.

1926 – Militärputsch in **Litauen** durch Präsident Antanas Smetona, in den 1930er Jahren Entwicklung in Richtung auf eine Diktatur

1926 – Entmachtung des Parlamentes in **Polen** zugunsten einer faktischen Diktatur von Marschall Józef Pilsudski, der aus dem Hintergrund agiert, Anfang der 1930er Jahre Entwicklung zur offenen Diktatur

1929 – Staatsstreich in **Jugoslawien (bis dahin SHS- Königreich)**, Einführung einer serbischen „Königsdiktatur“ durch König Alexander

1932 – António de Oliveira Salazar wird Ministerpräsident in **Portugal** und entmachtet im folgenden Jahr das Parlament, er orientiert sich am faschistischen Ständestaat und führt eine Diktatur ein

Januar 1933 – so genannte „Machtergreifung“ des Nationalsozialismus im **Deutschen Reich**, die parlamentarische Demokratie wurde schon seit 1930 systematisch unterminiert

März 1933 – Staatsstreich durch Engelbert Dollfuß in **Österreich**, Einführung eines autoritären, bzw. austrofaschistischen Systems

1934 – Staatsstreich durch Karlis Ulmanis in **Lettland**, Einführung einer autoritären Diktatur

1934 – Staatsstreich und autoritäre Diktatur durch Konstantin Päts in **Estland**

1934/35 – Autoritäre Diktatur von Oberst Georgiev und Zar Boris III. in **Bulgarien**, auch wenn zeitweise noch eingeschränkt freie Wahlen zum Parlament stattfinden.

1936 – Der Putsch einer Militärclique gegen die Republik eskaliert zum Bürgerkrieg in **Spanien**, 1939 Sieg der Faschisten. Bereits in den 1920er Jahren bestand eine Militärdiktatur

1936 – Nach einem monarchischen Zwischenspiel wird in einem militärischen Staatsstreich in **Griechenland** eine Diktatur unter General Ioannis Metaxas etabliert, König Georg II. bleibt aber im Amt

1938 – Autoritäre Diktatur König Carol II. in **Rumänien**

Diese Tabelle ist unvollständig, beispielsweise ist umstritten, ob in einigen Fällen noch von stark eingeschränkten, autokratischen Demokratien, oder schon von diktatorischen Staaten gesprochen werden kann. Häufig wurde die bestehende demokratische Verfassung nicht formell außer Kraft gesetzt, sondern die autoritäre Diktatur wurde nur als ein vorübergehendes Übergangsstadium zur „Rettung des Staates“ propagiert. Auch wenn die jeweiligen Gründe für das Scheitern der Demokratien in den oben genannten europäischen Länder sehr unterschiedlich waren, kann doch das gehäufte Auftreten von Militärregimen, autoritären Staaten, Diktaturen und faschistischen Systemen in den 1920er und 1930er Jahren kein Zufall sein. Offensichtlich gelang es in vielen der europäischen Staaten nicht, die Staatsform der parlamentarischen Demokratie, die nach dem Ende des Ersten Weltkrieges neu eingeführt oder erweitert wurde, zu stabilisieren, bzw. demokratische Ideen in den Eliten und in der Bevölkerung zu verankern. Die Gründe hierfür sind unter Historikern stark umstritten und variieren oft, je nachdem welcher Standpunkt hervorgehoben wird.

In der Zeit vor 1914 schien vielen Beobachtern aus den liberalen und sozialdemokratischen Lagern der langsame, evolutionäre Weg in – modern gesprochen – eine freiheitliche, liberale und demokratische Zivilgesellschaft in Europa vorprogrammiert zu sein. Nach dem Ersten Weltkrieg nahm die Geschichte jedoch einen ganz anderen Lauf. Kurz vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges waren Demokratien in Europa selten geworden: Neben den kleinen Benelux-Staaten, den politisch wenig bedeutsamen skandinavischen Staaten und der Schweiz bestanden stabile politische Systeme nur noch in Großbritannien und in Frankreich, und selbst die französische Republik hatte sich Anfang der 1930er Jahre nur mit äußerster Mühe der Bedrohung von Rechts erwehren können.

Die historischen und politologischen Forschungen zur vergleichenden Geschichte von Diktaturen begannen bereits in den 1930er Jahren und haben seitdem eine Reihe von bemerkenswerten Ergebnissen hervorgebracht. Dabei wurden vor allem Systeme miteinander verglichen. Bis heute wird beispielsweise die Frage diskutiert, ob die Faschismusthese einen angemessenen Rahmen der Analyse bietet, d.h. ob die Gemeinsamkeiten zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und dem faschistischen Italien größer waren, als die Unterschiede. Die Annahme, daß Faschismus direkt aus dem kapitalistischen Wirtschaftssystem hergeleitet werden könne, ist allerdings veraltet. Auch die ältere Totalitarismusthese, die in den 1950er und 1960er Jahren grundlegende Parallelen zwischen dem Nationalsozialismus und der Sowjetunion zog, wird heute nur noch in Ausnahmen vertreten: Bei näherer Betrachtung waren die Unterschiede größer als die Gemein-

samkeiten. Im Folgenden werden diese theoretischen Debatten nicht explizit verfolgt, sondern an den entsprechenden Stellen in die Darstellung integriert.²

Auch wenn der Zusammenbruch von demokratischen Systemen im einzelnen unterschiedliche Ursachen hatte, so kann es doch auch kein Zufall sein, daß besonders diejenigen Staaten betroffen wurden, die – mit der Ausnahme Spaniens – als Kombattanten am Ersten Weltkrieg teilgenommen hatten, oder die als Folge des Zusammenbruchs der multiethnischen Imperien nach dem Ersten Weltkrieg neu entstanden waren. Deshalb muss eine Analyse mit denjenigen Problemen ansetzen, die der Erste Weltkrieg hinterließ und die in der unmittelbaren Nachkriegszeit nicht gelöst werden konnten.

Zusammenbruch des demokratischen Systems

II. Die Bedeutung und das Ende des Ersten Weltkrieges in Europa

Viele Probleme, die in der unmittelbaren Nachkriegszeit auftraten und die zur Destabilisierung zahlreicher europäischer Gesellschaften beitrugen, sind nur verständlich, wenn man den Einschnitt des Ersten Weltkrieges, sein spezifisches Ende und einige seiner direkten Folgen in die Betrachtung einbezieht. Zwar ist unter Historikern umstritten, ob der Erste Weltkrieg wirklich der erste „totale“ Krieg der Weltgeschichte war, doch markiert er zumindest für Europa eine eindeutige Zäsur. Zuvor hat es in Europa einen derartigen Zivilisationsbruch noch niemals gegeben, sieht man von den verheerenden Folgen der frühneuzeitlichen Religionskriege ab. Der Erste Weltkrieg war der erste vollständig industrialisierte Krieg der Geschichte, der nicht nur an der Front, sondern auch in der Heimat entschieden wurde: Jeder zivile Lebensbereich wurde in den Krieg einbezogen. Im Ersten Weltkrieg hatte sich das zuvor wohlhabende und selbstbewusste Europa, das bis dahin durch seinen Kolonialbesitz und die Stärke seiner Industrie das Zentrum der Welt dargestellt hatte, ökonomisch zudem selbst ruiniert.

Der Erste Weltkrieg als Zivilisationsbruch

Auch wird neuerdings darüber diskutiert, ob der Erste und der Zweite Weltkrieg zwei Eckpunkte einer gemeinsamen Epoche zwischen 1914 und 1945, eines zweiten 30jährigen Krieges markieren. Historiker wie Eric Hobsbawm und Hans-Ulrich Wehler haben an verschiedenen Stellen diese Annahme entwickelt.³ Besonders Arno J. Mayer vertritt programmatisch die These eines 30jährigen Krieges seit 1914, der letztlich zu Auschwitz, Treblinka und den anderen Vernichtungszentren des Nationalsozialismus führte. Mayer hebt hervor, daß die Vernichtung der europäischen Juden den Höhepunkt einer der gewalttätigsten Jahrhun-

Ein zweiter 30jähriger Krieg?

² Hierzu weiterführend der ausgezeichnete Überblick von Detlef Schmiechen-Ackermann, *Diktaturen im Vergleich*, Darmstadt 2006 (2).

³ Vgl. die entsprechenden Kapitel bei Eric Hobsbawm, *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München 1998; Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 4. *Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914-1949*, München 2003.

derthälften in der Geschichte der Menschheit dargestellt hätte. Das Zeitalter der europäischen Katastrophe sei durch eine eklatante Instabilität, einem enormen Druck in allen Bereichen geprägt gewesen. Es habe sich um eine Zeit der extremen Spannungen zwischen den Kräften der Veränderung und denen der Beharrung, zwischen Optimismus und Pessimismus, zwischen Endzeit und Neubeginn gehandelt.⁴

Rückfall in eine vormoderne Form der Barbarei?

Damit im Zusammenhang taucht eine weitere Interpretationsfrage auf, die von Historikern unterschiedlich beantwortet wird. Häufig sind die Brutalität, mit der der Erste Weltkrieg ausgetragen wurde, die Gewalttätigkeit der Nachkriegskämpfe, die Verbreitung von massenmörderischen Ideologien, die Vorbereitung und Anzettelung des Zweiten Weltkrieges und schließlich die extreme, genozidale Gewaltsamkeit des NS-Regimes als Rückfall in eine vormoderne Barbarei gedeutet worden. Diese habe dem Fortschrittsgedanken des 19. Jahrhunderts direkt widersprochen und sei deshalb anti-modern gewesen. In dieser Theorie ist jedoch eine Teleologie enthalten: Vorausgesetzt wird, daß „Modernität“ stets positiv ist, und – trotz aller Rückschläge – letztlich zu Frieden, Parlamentarismus, Demokratie und Zivilgesellschaft führt. Mit guten Argumenten und einiger Vehemenz hat der amerikanische Historiker William D. Rubinstein die Meinung vertreten, der Erste Weltkrieg und seine Folgen sei der entscheidende Einschnitt in dieser antimodernen Entwicklung gewesen. Der Erste Weltkrieg und die bolschewistische Revolution hätten viel von dem legalen Netzwerk der Toleranz zerstört, das in den vorhergehenden 150 Jahren langsam und mühevoll in Europa entstanden war. Auch im Umkreis von Norbert Elias ist von einem Prozess der Entzivilisierung gesprochen worden.⁵ Das Argument basiert darauf, daß Europa beispielsweise in den Jahren 1910 und 1960 modern gewesen sei, die Zeit dazwischen aber einen fundamentalen Zivilisationsbruch markiert habe.

Destruktivität als „Errungenschaft“ der Moderne?

Diese These kann aber auch mit guten Argumenten in der entgegengesetzten Richtung verwendet werden: Die enorme Destruktivität, die in den Jahren zwischen 1914 und 1945 auftrat, wird von anderen Autoren gerade als eine spezifische Errungenschaft, ein Charakteristikum der Moderne gedeutet. Paradoxerweise stehen scheinbar archaische Verhaltensweisen hochmodernen Gesellschaftsstrukturen gegenüber. Moderne Kommunikations- und Verwaltungsapparate, effiziente technische Erfindungen und die neuesten Errungenschaften der wissenschaftlichen Kriegsführung wurden ausschließlich dazu eingesetzt, so viele wirkliche oder eingebildete Feinde wie möglich zu vernichten. Auch wenn viele Zeitgenossen die Periode seit 1914 als Rückfall in die Barbarei

⁴ Vgl. Arno J. Mayer, *Der Krieg als Kreuzzug. Das Deutsche Reich, Hitlers Wehrmacht und die „Endlösung“*, Reinbek b. Hamburg 1989.

⁵ Vgl. William D. Rubinstein, *Genocide. A History*, Harlow 2004, S. 149 und 155; vgl. ferner die präzise Darstellung der Debatte bei: Jacques Sémelin, *Säubern und Vernichten. Die politische Dimension von Massakern und Völkermorden*, Hamburg 2007, S. 66ff.

interpretierten, reicht der Hinweis auf vor- oder antimoderne Strukturen und Denkweisen nicht aus. Offene Vernichtungskriege und die Intention zum Völkermord hat es vor dem Beginn des 20. Jahrhunderts in der Weltgeschichte nur sehr selten gegeben – Historiker debattieren derzeit über die Bewertung dieser wenigen möglichen Fälle. Genozid und ethnische Säuberungen im ganz großen Stil sind eindeutig Produkte des 20. Jahrhunderts und damit eben kein Rückfall in die Vormoderne, sondern moderne Phänomene, ein Teil der modernen europäischen Geschichte.

An dieser Stelle soll dieses Problem nur dargestellt, nicht aber bewertet werden. Im gesamten Studienbrief wird die Frage des Gegensatzpaares „modern“ – „antimodern“ ausführlich diskutiert. Verwiesen sei aber darauf, daß beide Standpunkte legitim vertreten werden können und jeweils gute Argumente auf ihrer Seite haben. Entscheidend ist letztlich, welche genaue Definition von „Moderne“ der jeweilige Autor verwendet, und wie das jeweilige theoretische Konzept auf das Quellenmaterial angewendet wird.

Gegensatzpaar modern - antimodern

Auch die Frage, ob es sich um einen 30jährigen Krieg gehandelt habe, ist derzeit offen, und man kann gute Gründe für, aber auch gegen diese These anführen. Die Zwischenkriegszeit, die weltweit gar nicht so friedlich war, wie dies noch in älteren Lehrbüchern steht, würde dann nicht Merkmale einer längeren Friedensperiode tragen, sondern gliche mehr einer Erschöpfungspause der Kontrahenten. Aber auch wenn man die These ablehnt ist unübersehbar, daß der Erste Weltkrieg in Europa und in Teilen Asiens einen irreversiblen Einschnitt markiert hat: Zwei große multiethnische Imperien (Österreich-Ungarn und das Osmanische Reich) waren bereits auseinandergebrochen und ein drittes (Russland) befand sich 1919 im Stadium der fortgeschrittenen Auflösung. Drei große Monarchien (das Deutsche Reich, das zaristische Russland und die Doppelmonarchie Österreich-Ungarn) waren in Revolutionen untergegangen, und auch der bulgarische König war ins Exil geflüchtet. Es war keineswegs sicher, welche Staatsform an diese Stelle treten würde.

Zentral für den Ersten Weltkrieg und seine Folgen war in vielen Gesellschaften die alltägliche Gewöhnung an ganz neue Formen von extremer Gewalt. In den Materialschlachten an der Westfront, bei Verdun, an der Somme, in Flandern oder in Italien am Isonzo waren Millionen von Soldaten gefallen. Hunderttausende von jungen Männern waren grausam verstümmelt worden oder trugen seelische Wunden mit nach Hause, die – wenn überhaupt - nur sehr langsam heilten. Die konkrete Erfahrung, daß ein Menschenleben keinerlei Wert hatte, führte bei sehr vielen der Veteranen zu einer scharfen Ablehnung von Gewalt, bei vielen blieb aber ein brutalisierender Effekt des Krieges. Unmittelbar nach Kriegsende

Gewöhnung an extreme Gewalt

stellte die Verrohung der heimkehrenden Frontsoldaten in allen europäischen Ländern ein ernsthaftes Problem dar.⁶

Brutalisierung des Alltagslebens

Aber auch das Alltagsleben der Zivilbevölkerung war während des Krieges nachhaltig brutalisiert worden. Allein in Deutschland starben über 700.000 Menschen an den indirekten Folgen der englischen Blockade durch Hunger oder Krankheiten. Hunger und der alltägliche Kampf ums Überleben stellte in großen Teilen Europas die alltägliche Erfahrung von vielen Millionen Zivilisten dar, und auch nach dem offiziellen Ende der Kämpfe normalisierte sich das Alltagsleben nur sehr langsam. Auch dieser Umstand trug dazu bei, daß viele zivilgesellschaftliche Strukturen, die vor 1914 bestanden hatten, sich weiter auflösten. Der berühmte deutsche Religionsphilosoph Ernst Troeltsch hat nach 1918 von der notwendigen „Demobilisierung der Geister“ gesprochen, die zumindest in Deutschland nicht gelang.

Der Erste Weltkrieg als Zäsur

Wie scharf die Zäsur des Ersten Weltkrieges war, hat der Historiker William D. Rubinstein in einem Gedankenexperiment untersucht: Wäre die Weltwirtschaftskrise von 1929 nicht gekommen, so wäre Hitler heute nur wenigen Experten als Führer einer extremistischen völkischen Gruppe bekannt.⁷ Diese kontrafaktische Annahme kann man ausweiten: Es wäre unter den Bedingungen der Vorkriegszeit vor 1914 völlig ausgeschlossen gewesen, daß Personen wie Hitler, Lenin oder Stalin auch nur in die Nähe der politischen Macht gekommen wären. Stellen wir uns einmal vor, der Erste Weltkrieg wäre nicht ausgebrochen. Hitler hätte dann weiter Postkarten in Wien gemalt und wäre seiner Umgebung in Obdachlosenasylen mit antisemitischen Tiraden auf die Nerven gefallen. Lenin hätte weiter in der Schweiz mit seinen Anhängern in Cafes gesessen und erfolglose Traktate über die Strategie zur Weltrevolution verfaßt, und Stalin wäre als gewöhnlicher georgischer Krimineller in einem russischen Gefängnis geendet – wir hätten diese drei Namen wahrscheinlich nie gehört. Der Erste Weltkrieg und seine Folgen führten aber dazu, daß die konservativen Elitenstrukturen in Deutschland und in Russland deformiert oder zerstört wurden, so daß sich plötzlich erhebliche Aufstiegschancen für Desperados ergaben. Natürlich dürfen solche Gedankenexperimente aber nicht dazu verführen, das zaristische Kaiserreich, in dem ein erhebliches Maß an innenpolitischer Unfreiheit existierte, oder das autoritäre wilhelminische Deutschland vor 1914 zu idealisieren – hiervor sei ausdrücklich gewarnt!

⁶ Zu den Kriegsfolgen vgl. z. B. Jay M. Winter, *Sites of Memory, sites of Mourning. The Great War in European cultural history*, Cambridge 1995; Jay Winter/ Emmanuel Sivan (Hg.), *War and Remembrance in the Twentieth Century*, Cambridge 1999; Jay Winter/ Geoffrey Parker/ Mary R. Habeck (Hg.), *the Great War and the Twentieth Century*, Yale 2000; speziell zum deutschen Fall: Richard Bessel, *Germany after the First World War*, Oxford 1993.

⁷ Vgl. Rubinstein, *Genocide*, S. 154f.